A1 Demokratie, Beteiligung und Transparenz

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Wir setzen auf eine lebendige Demokratie! Eine lebendige Demokratie, vielfältige
- Beteiligungschancen und eine hohe Transparenz sind Voraussetzungen für die
- gelingende dynamische Entwicklung einer vielfältigen Stadtgesellschaft. Politik
- 4 und Verwaltung in einer Stadt des 21. Jahrhunderts schulden den Bewohner*innen
- Informationen und das unaufgeforderte, verbriefte Angebot, Meinungen und
- 6 Bedürfnisse in die lokale Entscheidungsfindung einzubringen. Demokratische,
- soziale und nachhaltige Stadtentwicklung lebt vom Engagement der Einwohner*innen
- 8 für ihre Interessen und Bedürfnisse, für das soziale und kulturelle
- 9 Gemeinschaftsleben, für Inklusion, Umwelt- und Klimaschutz u. v. m. Dieses
- Engagement wollen wir stärker fördern, unterstützen, qualifizieren und
- 11 wertschätzen.

- Leitlinien für eine offene Bürger*innenbeteiligung, mit denen sich Verwaltung und Stadtrat verpflichten, konsequent für Bürger*innenbeteiligung und Transparenz zu sorgen
- Erleichtertes Auskunfts- und Anfragerecht der Bürger*innen
- Besondere Beteiligungsangebote für Gruppen ohne Wahlrecht, z.B. Ludwigshafener*innen ohne deutschen Pass und Jugendliche
- Konsequenter Einsatz digitaler Werkzeuge (Online-Plattformen) bei der Bürger*innenbeteiligung und im Bürger*innendialog
 - Stärkung der Ortsbeiräte und Stärkung ihrer Informations- und Mitbestimmungsrechte, z.B. durch das Recht den Stadtvorstand oder eine/n Vertreter*in der Verwaltung in den Ortsbeirat einzuladen. Zudem sollen Ortsbeiräte ein eigenes Budget erhalten.
 - Gemeinsames Engagement aller demokratischen Kräfte in der Stadt gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus
- Bessere Unterstützung und Beratung von Bürger*innen, die sich engagieren wollen
- Unterstützung und Würdigung von Ehrenamtlichen und unkonventionellen Engagementformen

A2 Jugendpolitik

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Unsere Jugendpolitik orientiert sich an den individuellen und sozialen
- 2 Bedürfnissen der jungen Menschen. In Ludwigshafen leben viele junge Menschen in
- intakten Familien, aber nicht in sozial und wirtschaftlich gesicherten
- 4 Lebensverhältnissen. Weiterhin gibt es viel zu viele junge Menschen in
- Ludwigshafen, die ohne Bildungsabschluss die Schule verlassen oder
- 6 berufsvorbereitende Klassen besuchen. Die wirtschaftliche Situation der Familie
- bestimmt leider immer noch maßgebend über die soziale Teilhabe oder Ausgrenzung
- 8 von Jugendlichen. Jede Investition in Bildung ist eine Investition in Erwerbs-
- und Teilhabechancen und damit eine Zukunftsinvestition für unsere Stadt bzw.
- Gesellschaft. Wir wollen Jugendlichen die gleichberechtigte Teilhabe an den
- sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft ermöglichen.
- 12 Um das Recht junger Menschen auf Mitsprache zu stärken, setzen wir uns dafür
- ein, dass Jugendliche ab 16 Jahren auf allen politischen Ebenen wählen dürfen –
- nur so bekommen sie wirklich eine Stimme. Mit der Jugendstrategie "JES! Jung.
- Eigenständig. Stark" unterstützt die Landesregierung eine gute Jugendpolitik vor
- Ort. Davon wollen wir in Ludwigshafen profitieren. Denn wir brauchen
- Jugendliche, die ihr Leben selbst gestalten und über ihre Zukunft mitbestimmen
- 8 können. Ob bei der Infrastruktur, im Umweltschutz, auf dem Arbeitsmarkt, beim
- 19 Schuldenabbau oder beim Einsatz für eine friedlichere Welt. Gerade wenn es um
- die Gestaltung unserer Zukunft geht, kommt es besonders darauf an, dass sich
- junge Menschen einbringen können. Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe,
- daher müssen die Belange junger Menschen überall mitgedacht werden. Statt über
- angebliche Politikverdrossenheit zu klagen, sollten wir Jugendlichen
- 24 Verantwortung direkt übertragen und beispielsweise kommunale
- 25 Beteiligungsprojekte oder Schülerinnen- und Schülervertretungen fördern.

- Bedarfsgerechte Unterstützung bei schulischer und beruflicher Ausbildung gewährleisten.
- Duale Ausbildung erweitern.
 - Übergang von Jugendlichen mit Migrationshintergrund von der Schule in den Beruf erleichtern durch intensive, koordinierte Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Sozialeinrichtungen.
 - Individuelle, intensive Deutschkurse für zugewanderte oder geflüchtete junge Menschen und Kinder anbieten.
- Integrations- und Berufsbildungsangebote verbessern und Bildungsintegration auch für junge Erwachsene sowie Menschen mit Bleibeperspektiven sicherstellen.
 - Jugendlichen die Möglichkeit geben, freie Räume im Quartier und in der Stadt nicht nur zu nutzen, sondern auch selbst zu gestalten.
 - Einrichtung einer kommunalen Jugendvertretung mit eigenem Budget unterstützen, deren Beschlüsse auf die Tagesordnung des Stadtrats kommen .
- Angebote verstärken, die Kinder und Jugendliche ernsthaft in Stadtplanungsprozesse einbeziehen und den öffentlichen Raum sicherer für sie gestalten.
- 45 Aktive politische Beteiligungsmöglichkeit
- 46 Mit unserer Jugendpolitik streben wir danach, die Partizipation und
- 47 gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft zu stärken. Dies
- 48 ist nur möglich, wenn diskriminierungsfreie Zugänge zu sozialen und kulturellen
- Ressourcen strukturell entwickelt werden. Es ist essenziell, Jugendliche zu
- 50 fördern, damit sie ihr Leben selbst gestalten und aktiv über ihre Zukunft
- 51 mitentscheiden können.
- 52 Grüne Ziele sind...
 - Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, um jungen Menschen eine aktive politische Beteiligung zu ermöglichen.
 - Einrichtung eines Jugendparlaments mit eigenem Budget, um die Teilhabe und Selbstorganisation junger Menschen in der Kommune effektiv zu fördern.
 - Beteiligung junger Menschen an Planungs- und Entscheidungsprozessen sicherstellen.
 - Förderung und Ausbau der grenzüberschreitenden Mobilität sowie des Jugendaustauschs.
 - Schaffung und Öffnung interkultureller und vielfältiger Lebensräume, um das Zusammenwachsen junger Menschen zu fördern.

A3 Integrationspolitik der Grünen in Ludwigshafen

rassistische sowie rechtsextreme Bestrebungen.

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

Die gesellschaftlichen Veränderungen, wie der demografische Wandel, und die daraus resultierenden Herausforderungen erfordern eine klare politische Positionierung. Nach Ludwigshafen kommen Menschen aus den unterschiedlichsten Beweggründen. Manche weil sie vor Krieg, Verfolgung und großer Not geflohen sind. Wir möchten ihnen in Ludwigshafen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen und eine Willkommenskultur bieten, die sie vor Diskriminierung und Rassismus schützt und ihnen eine erfolgreiche Integration ermöglicht. Mehr als ein Drittel aller in Ludwigshafen lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Es bedarf sicherer Perspektiven für eine dauerhafte, positive Lebensgestaltung, damit junge Menschen eine erfolgreiche Integration in den deutschen Arbeitsmarkt erreichen können und somit auch dem Fach- und Arbeitskräftemangel in Ludwigshafen entgegenwirken. Uns ist ein solidarisches Zusammenleben wichtig, ebenso wie das Engagement für eine demokratische, tolerante Stadtgesellschaft – für Transparenz, Beteiligungsrechte aller Bewohnerinnen und Bewohner und gegen

- 6 Grüne Ziele sind...
 - Frühkindliche Sprach- und Bildungsangebote.
- Frühzeitige und konsequente Umsetzung der Schulpflicht zur Förderung der Bildungsintegration
 - Lernen in gemischten Klassen und gezielte Förderung der sprachlichen Integration.
 - Sprach- und Integrationskurse auch für freiwillig Teilnehmende.
- Sprach- und Integrationskurse für junge Frauen sowie Kinderbetreuungsangebote für teilnehmende Mütter
- Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung durch mehr Beratungsangebote, Sprachvermittlung und koordinierte Zusammenarbeit der Einrichtungen.
 - Zügiger Familiennachzug
 - Förderung der interkulturellen Öffnung auf Verwaltungsebene
- Entwicklung eines Integrationskonzepts, das die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen und ihre Partizipation an politischen Entscheidungen in LU zum Ziel hat
- Vorrangig dezentrale Unterbringung von Geflüchteten (z.B. in Wohnungen oder Punkthäusern)
- Stärkung der Netzwerkarbeit mit Ehrenamtlichen bei der Flüchtlingsarbeit (z.B. Bildung, Beratung, Unterbringung und deren Koordinierung)
 - Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete

A4 Klimaschutz und Energiewende

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung endlicher Ressourcen stehen im Mittelpunkt unserer politischen Aktivitäten. Die größte Bedrohung für unser Dasein und die Artenvielfalt stellt die menschengemachte Klimakrise dar. Wir, die GRÜNEN, forcieren den konsequenten Klimaschutz und treiben die dezentrale Energiewende in Ludwigshafen voran. Der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien ist auch für die Zukunft von Ludwigshafen von überragender Bedeutung. Auf Antrag der Grünen hat der Stadtrat Ludwigshafen 2022 die Photovoltaik-Offensive 2025 beschlossen, mit dem Ziel, den Strombedarf aller städtischen Liegenschaften vollständig durch lokal erzeugten PV-Strom zu decken. Wir werden darauf achten, dass der Beschluss konsequent umgesetzt wird. Eine entschlossene dezentrale Energiewende ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll, denn jedes Prozent mehr erneuerbare Energien im Strommix lässt die Strompreise günstiger werden. Dieser Effekt wurde inzwischen durch zahlreiche Studien und Wirtschaftsinstitute bestätigt. Andernfalls fließen 14 jährlich Milliarden Euro aus Rheinland-Pfalz und somit aus unseren Kommunen ab, um Stromimporte zu bezahlen. Dieses Geld würde somit für die regionalen Wertschöpfung und die Energiesicherheit verloren gehen. Deswegen haben wir uns für den Start einer kommunalen Klimaoffensive auf Landesebene eingesetzt, sowie für die Beschleunigung der Energiewende durch das Solarpaket 2023 und die vierte Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms. Mit diesen Maßnahmen werden bürokratische Hürden abgebaut, und Ludwigshafen erhält mindestens 7,5 Millionen Euro für Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte. Die Wärmewende in Ludwigshafen werden wir auf der Grundlage erneuerbarer Energien weiter voranbringen und eine echte Mobilitätswende auch vor Ort unterstützen. Die von uns GRÜNEN initiierte Energieagentur mit einem der acht Regionalbüros in Ludwigshafen unterstützt die Kommunen und kommunalen Klimamanagerinnen und Klimamanager bei ihren Klimaschutzaktivitäten und steht ihnen beratend zur Seite. Diese Angebote werden wir vor Ort nutzen. Denn vor Ort wissen wir am besten, wie Klimaschutz lokal umgesetzt wird.

- Aktualisierung und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.
- Förderung von Klimaschutzprojekten in Ludwigshafen mit Landes- und
 Bundesmitteln (zum Beispiel aus KIPKI bzw. dem Bundesprogramm Natürlicher Kimaschutz) unter Berücksichtigung sozialer Kriterien.
- Beschleunigung der Wärmewende und Sicherstellung der Planungssicherheit für klimaneutrale Heiz- und Warmwassersysteme.
 - Unterstützung der TWL bei der Finanzierung der Klimaneutralität, inklusive Bürgerbeteiligung.
- Verbesserung der Klimaschutzstrategie der TWL zur Reduktion der Treibhausgase um 65% bis 2030 und Erreichen der Klimaneutralität bis 2045.
- Klimaneutrale Fernwärmeversorgung in Ludwigshafen mit dem Ziel, die Anschlussquote bis 2030 auf mindestens 30% zu erhöhen.
 - Entwicklung und Implementierung von Nahwärmenetzen, unterstützt durch energetische Gebäudesanierung, insbesondere in Neubaugebieten.
 - Förderung von TWL-Projekten zur lokalen Energiewende, inklusive Beratung und Unterstützung für den Umstieg auf nachhaltige Energiequellen.
 - Weiterbildung der städtischen Ämter im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz, um die "Städtische Richtlinie klimafreundliches Bauen" effektiv umzusetzen.
 - Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED und Förderung der LED-Beleuchtung in kommunalen Gebäuden.
- Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften als Partner der kommunalen Energiewende.
 - Start einer "Solaroffensive" zur Information über geeignete Standorte für Solaranlagen.
 - Förderung eines regionalen Stoffstrommanagements für Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft.
- Bewerbung um weitere Fördermittel für natürlichen Klimaschutz und Verbesserung der Klimaanpassung.
- Maßnahmen zur Klimaanpassung wie Flächenentsiegelung und mehr Begrünung in Ludwigshafen, z. B. Pocketparks, sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushalts ("Schwammstadt").

A5 Nachhaltiges Wirtschaften

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Wir stehen für nachhaltige Wirtschaftsformen ein. Die Stadt muss die ökologische
- Modernisierung und die Digitalisierung der kleinen und mittelständischen
- 3 Unternehmen aktiv unterstützen, indem Verfahren vereinfacht und digital
- 4 angeboten werden. Als zentraler Standort in der Metropolregion Rhein-Neckar hat
- Ludwigshafen Vor- und Nachteile; zu letzteren zählt vor allem der begrenzte
- 6 Raum. Die länderübergreifende Regionalplanung in der Rhein-Neckar-Region ist
- dann erfolgreich, wenn sie vom Kooperationswillen der Kommunen getragen wird.
- 8 Das Konkurrieren um Ansiedlungen und das damit einhergehende maßlose
- 9 Flächenangebot in der Region schadet der Stadt Ludwigshafen wie auch den
- Nachbarstädten. Der langfristige Erhalt eines guten Arbeitsplatzangebots in der
- Stadt kann nicht über die Bebauung der letzten großen naturnahen Flächen
- 12 gewährleistet werden.

Grüne Ziele sind:

- Aufwertung und intelligente Nutzung von bestehenden Industrie- und Gewerbegebieten
- Kommunale Unternehmen sollen mit gutem Beispiel vorangehen und Öko-, Sozial- und Gemeinwohlbilanzen erstellen und veröffentlichen. Gemessen werden Nachhaltigkeitskriterien wie Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung unter Einberechnung externalisierter Kosten wie Umweltzerstörung oder soziale Ausbeutung.
- Einführung von Jobradangeboten für alle städtischen Mitarbeiter*innen, Stärkung des Nachhaltigkeitsmanagements in der Verwaltung, Verpflichtung der Stadt zur nachhaltigen Beschaffung.

Wirtschaftliche Diversifizierung

- Ludwigshafen ist, gemessen an der erreichten Produktivität (z.B. BIP pro
- 27 Einwohner), ein starker Wirtschaftsstandort, geprägt von der Chemieindustrie.
- Das Steueraufkommen der hier ansässigen Betriebe und die angebotenen
- 29 Arbeitsplätze müssen mehr der Stadt und ihren Bewohner*innen zugutekommen. Die
- Bildungseinrichtungen der Stadt müssen die nachwachsenden Generationen auf die
- künftige digitalisierte Arbeitswelt vorbereiten und für die Arbeit in
- anspruchsvollen Bereichen der lokalen Wirtschaft qualifizieren. Die Förderung
- kleiner innovativer Gewerbebetriebe und neuartiger Dienstleistungen hilft, die
- 34 Wirtschaftsstruktur in Ludwigshafen zu diversifizieren.

- Ein Ansiedlungsprogramm für Branchen wie Umwelttechnik, erneuerbare Energien, Energie- und Ressourceneffizienz, IT, Medizintechnik und andere zukunftsweisende Wirtschaftszweige.
- Förderung von Innovationszentren und Bündelung von Branchenansiedlungen, um Synergieeffekte zu nutzen und Neuansiedlungen zu erleichtern.
 - Begrenzte Flächen für Gewerbeansiedlungen effizient nutzen, Flächenrecycling betreiben und Quartiersentwicklung mit kurzen Wegen fördern, um die täglichen Bedarfe lokal zu decken. Neue Gewerbegebiete im Außenbereich, wie z.B. "nördlich A 650" bei Ruchheim oder an der Wollstraße in Oggersheim, lehnen wir ab.
- Ausbau der Infrastruktur für eine vielfältige Start-up-Szene in
 Ludwigshafen, z.B. durch Gründerzentren, und verstärkte Förderung von
 Existenz- und Firmengründungen durch Migrantinnen und Migranten, Frauen
 und andere bisher unterrepräsentierte Gruppen.

Wir setzen auf Digitalisierung und ökologische Modernisierung

Unsere Wirtschaftspolitik orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und des fairen Handels. Unsere Ziele sind der Erhalt natürlicher Ressourcen, gesamtgesellschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit auch für zukünftige Generationen. Um Beschäftigung und Wohlstand in einer Welt endlicher Ressourcen langfristig zu sichern, streben wir eine Abkehr von der reinen Orientierung an quantitativem Wachstum an. Der Wohlstand einer Gesellschaft lässt sich nicht allein am Bruttoinlandsprodukt messen. Wir setzen uns dafür ein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, den Herausforderungen durch ökologische Modernisierung, digitale Revolution und demografischen Wandel zu begegnen.

Entschuldung und Gegenfinanzierung

Die Verschuldung der Stadt stellt das größte Hindernis für ihre weitere
Entwicklung dar. Eine Lösung dieses Problems kann nicht allein durch eine
weitere Reduzierung der städtischen Ausgaben auf Kosten unserer Infrastruktur
erreicht werden, sondern muss von Bund und Land unterstützt werden. Bis heute
stellen Bund und Land der Stadt Ludwigshafen nicht die notwendigen Mittel für
die ihr übertragenen Pflichtaufgaben zur Verfügung. Wir Grünen fordern daher
Bund und Land auf, das Konnexitätsprinzip zu verwirklichen und die
Pflichtaufgaben der Stadt angemessen zu finanzieren.

- Investitionen sind sowohl auf soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit zu überprüfen.
- Es ist ein kompetentes, aktives und zentrales Fördermittelmanagement erforderlich, das die Förderprogramme des Landes, des Bundes und der EU effektiv nutzt.

Digitalisierung und Netzausbau

Ludwigshafen soll eine zukunftsorientierte und nachhaltige Kommune werden, in der Digitalisierung und technologischer Fortschritt Hand in Hand mit dem Wohlergehen unserer Bürgerinnen und Bürger gehen. Wir setzen uns für eine umfassende, zugängliche und sichere digitale Infrastruktur ein, die das Leben in unserer Kommune verbessert und modernisiert. Dazu bedarf es einer flächendeckenden Verfügbarkeit von WLAN-Zugängen, verstärktem Glasfaserausbau und stabilem 5G-Netz im Stadtgebiet. Wir streben an, dass Bürgerinnen und Bürger Verwaltungsdienstleistungen bequem von zu Hause aus in Anspruch nehmen können. Dazu gehört die Erweiterung digitaler Bürgerservices, die es ermöglichen, Anträge online zu stellen, Termine zu vereinbaren und Informationen schnell und effizient zu erhalten. Wir erkennen die zunehmende Bedeutung des Schutzes vor digitaler Gewalt. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung von Beratungsstellen ein, die Opfern von Cybermobbing und anderen Formen digitaler Gewalt Unterstützung und Beratung bieten. Die Nutzung von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz (KI) für kommunale Daseinsvorsorge ist ein zentrales Anliegen. Wir wollen innovative KI-Anwendungen nutzen, um kommunale Dienstleistungen zu verbessern, effizientere Lösungen für die Klimaanpassung zu finden und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

- WLAN-Hotspots im ÖPNV und öffentlichen Gebäuden
- Ausbau digitaler Angebote der Verwaltung
- Digitalisierung der Verwaltung, z.B. durch moderne Software, digitale Akten und Prozesse sowie Einführung weiterer Online-Bürgerservice-Leistungen
- Konsequente Nutzung der eID-Funktion des Personalausweises ("E-Perso") sowie der Bund-ID zur Authentifizierung der Bürger*innen gegenüber der kommunalen Verwaltung bei digital angebotenen Verwaltungsleistungen
 - Flächendeckender Glasfaserausbau und Ausbau des 5G-Netzes
 - Sicherheit der digitalen Infrastruktur
 - Beratungsangebote bei digitaler Gewalt
 - Kostenfreies Angebot an Open Data (offene, bearbeitbare Daten aus öffentlichen Beständen wie z. B. Geodaten, Haushaltsdaten, Fahrpläne)

A6 Umwelt, Natur und Biodiversität

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

Ludwigshafen hat den Kampf gegen die Klimakatastrophe bisher weitgehend verschlafen. Die Ludwigshafener Innenstadt gehört zu den am stärksten versiegelten und folgerichtig auch heißesten und trockensten Stadtguartieren Deutschlands. Es gibt keine Zeit zu verlieren: Das gesetzliche Ziel Klimaneutralität im Jahr 2045 ist das Minimalziel. Wir fordern eine kommunale Klimaschutzstrategie für Ludwigshafen, die das Ziel Klimaneutralität konsequent in den Blick nimmt. Klimawandel, Schadstoffe im Wasser und Flächenverbrauch mindern die Lebensgrundlagen kommender Generationen. Für uns GRÜNE steht der Schutz der Ressourcen im Mittelpunkt unserer Politik. Bei Umweltvorhaben gilt für uns: Transparente und frühzeitige Beteiligungsverfahren sind wichtig, um alle Interessen zu berücksichtigen. Wir setzen uns für die Renaturierung von Bächen, die ökologische Aufwertung von Böden und den Erhalt unserer Biodiversität ein. Rehbachmündung, Maudacher Bruch, Rosslache und Altrheingraben sind Teile eines Biotopverbunds, den wir schützen und bewahren wollen. Die 14 Naturflächen rund um die Stadt haben eine wichtige Ausgleichsfunktion und müssen weitgehend frei von Bebauung bleiben. Neue große Gewerbeflächen lehnen wir ab. In der Regional- und Flächennutzungsplanung setzen wir uns für einen nachhaltigen Umgang mit Flächen ein. Unser Ziel ist ein Stopp der Netto-Versiegelung. Wir setzen uns dafür ein, alle öffentlichen Flächen in Ludwigshafen klimaangepasst und insektenfreundlich zu bepflanzen. Dies trägt nicht nur zur Anpassung an den Klimawandel bei, sondern fördert auch die Biodiversität in der Stadt. Wir brauchen mehr, nicht weniger Stadtgrün: Mehr Stadtbäume auch an Straßen und Plätzen, an denen bisher keine Bäume stehen, sowie grüne Inseln und Mikroparks in den hochverdichteten Stadt- und Stadtteilzentren. Deshalb setzten wir uns dafür ein, die Haushaltsmittel für eine werterhaltende Grünpflege bereitzustellen. Dachbegrünung und Fassadenbegrünung müssen, wo immer es umsetzbar ist, zum Standard werden.

Unverzichtbar bleibt auch das ehrenamtliche Engagement im Umwelt- und

Naturschutz. Dieses gilt es materiell und ideell zu unterstützen.

42

48

- Klimaneutralität spätestens 2045
- Weiterentwicklung der städtischen Klimaschutz-, Flächen- und Biodiversitätsstrategie
 - Das Kommunale Klimaschutzkonzept muss aktualisiert und konsequent umgesetzt werden.
 - Klimaangepasste Bepflanzung aller öffentlichen Flächen und Gebäude
- Eine Baumschutzsatzung muss kommen.
- Begrünungsregelungen aus dem Baurecht und den Gartensatzungen müssen konsequent kontrolliert werden.
 - Konsequente Baumnachpflanzungen bei notwendigen Fällungen und mehr Bäume im Stadtgebiet, z. B. auch sogenannte Tiny-Forrests.
 - Unsere Forderung ist Müllvermeidung, unser Ziel ist eine Zero-Waste-Strategie
- Stopp bzw. Reduktion der Bodenversiegelung, z. B. auch durch geeignete
 Maßnahmen zur Durchsetzung von Bebauungsplanvorgaben (Stichwort
 Schottergärten), Entsiegelung von Flächen vor allem in den
 Innenstadtteilen.
 - Stärkung von Umwelterziehung und Umweltbildung
- Fortsetzung der Renaturierung von Gewässern und Mooren, Wiedervernässung des Maudacher Bruchs
 - Grundwasserschutz durch konsequente Kontrolle der Grundwasserentnahme

A7 Verkehr

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Urbane Zentren wie Ludwigshafen sind ohne Mobilität undenkbar. Wir gestalten
- diese Mobilität umweltverträglicher, indem wir den öffentlichen
- Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen, mehr Raum für Fußgängerinnen und
- 4 Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer zur Verfügung stellen, den
- Autoverkehr reduzieren und Carsharing ausbauen. In den letzten Jahren wurde beim
- 6 ÖPNV eher rationalisiert investiert. Wir wollen diese Entwicklung umkehren und
- den ÖPNV attraktiver gestalten, um so die innerstädtischen Wohnquartiere von
- 8 Lärm- und Schadstoffemissionen zu entlasten und unsere Stadt lebenswerter zu
- 9 machen.

- Entlastung der Wohnquartiere von Lärm und Schadstoffemissionen durch Sicherstellung der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs in Stadtteilzentren.
- Flächendeckende Einführung von Tempo 30, auch auf Erschließungs- und Durchgangsstraßen.
- Prüfen von Einbahnstraßenregelungen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und ggf. auch autofreien Zonen insbesondere in der Nähe von Schulen, mit dem Ziel die durch den Autoverkehr entstehenden Gefahren sowie Lärm- und Luftverschmutzung zum Nachteil unserer Kinder zu reduzieren
- Einsatz der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung zur Stärkung des Umweltverbundes.
- Schnelle Verbesserungen im ÖPNV, um Attraktivität und Aufenthaltsqualität zu steigern, besonders für schutzbedürftige Personengruppen.
- Einsatz von Stadtbahnen im Abend- und Wochenendverkehr auf allen Linien mit Taktverdichtungen und sozialverträglichen Fahrpreisen.
- Zügige Verlängerung der Straßenbahnlinien in äußere Stadtteile und ins Umland sowie Verbesserung des Busverkehrs mit schneller Anschaffung emissionsarmer Busse.
- Stärkung der S-Bahn-Leistungsfähigkeit und bessere Vernetzung mit anderen nachhaltigen Verkehrsmitteln, inklusive verbesserter

- Fahrgastinformationen. Alle S-Bahnen sollen in Mundenheim und Rheingönheim halten.
 - Aufwertung des Hauptbahnhofs und Umgestaltung zu einem effizienten Verkehrsknotenpunkt mit kurzen Wegen.
 - Erhöhung des Anteils des Fahrradverkehrs und verstärkte Investitionen ins Radwegenetz. Schaffung von Stellen für Rad- und Fußgänger-Beauftragte in der Verwaltung.
 - Förderung von Lastenfahrrädern und Schaffung von Lademöglichkeiten für E-Bikes.
 - Wir fordern eine Stellplatzverordnung für Fahrräder, um die nötigen Stellplätze sicherzustellen. Es braucht qualitativ hochwertige Abstellanlagen an allen Hauptknotenpunkten des ÖPNV, Schulen und Verwaltungsgebäuden.
 - Schließung der Lücken im Radwegenetz, Radschnellwege und Pendlerverbindungen voranbringen und vorhandene Radwege in guter Qualität ausbauen. Alle wichtigen Ziele in der Stadt müssen per Rad sicher und bequem erreichbar sein. Die Berliner Straße und die Maxstraße sind als Hauptachsen für den Radverkehr auszubauen.
 - Bessere Ausschilderung von Radrouten und Umleitungen für Radler*innen auch z.B. bei Sackgassen mit Durchgangsmöglichkeit für Radler und bei Behinderungen durch Großbaustellen. Möglichst viele Einbahnstraßen müssen für Radfahrer in Gegenrichtung geöffnet und Fahrradstraßen geschaffen werden.
 - Verkehrsverstöße, die Radfahrer*innen und Fußgänger*innen behindern und gefährden, müssen effektiver kontrolliert und geahndet werden.
 - Ein Fußverkehrskonzept mit Wegweisern, um attraktive Fußwege durch die Quartiere zu schaffen. Besonders verletzliche Personenkreise sind bei den Planungen immer zu berücksichtigen.
 - Fußgängerwege sind so zu gestalten, dass sie eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen und keine Angsträume entstehen.
 - Umwege für Fußgänger*innen und gemeinsame Geh- und Radwege sollen vermieden werden. Ampelphasen sollen einen zügigen Fuß- und Radverkehr ermöglichen.
 - Ein gutes Carsharingangebot mit vielen Stationen in allen Stadtteilen, auch als teilweisen Ersatz für öffentliche und private Fuhrparks.
 - Förderung von E-Mobilität und Ausbau der Ladeinfrastruktur.
 - E-Scooter als Mikromobilität weiterentwickeln und Sonderflächen zum Abstellen errichten. Um die verletzlichsten Verkehrsteilnehmer, die

- Fußgänger*innen zu schützen, sollen E-Scooter nicht mehr auf Fußgängerwegen gefahren noch abgestellt werden.
- Wir konnten in 2020 erfolgreich die Einführung von Frauennachttaxen im Stadtrat durchsetzen. Jetzt fordern wir dringend die sichere und dauerhafte Finanzierung.

A8 Stadtentwicklung

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Ziel einer grünen Stadtentwicklung in Ludwigshafen ist es, ein gutes Leben unter
- Wahrung einer intakten Umwelt zu erhalten und zu fördern. Dabei hat
- 3 Nachhaltigkeit Priorität, und die Innenentwicklung hat Vorrang vor der
- Außenentwicklung. Eine inklusive Stadtplanung, die auch die Vielfalt der
- Geschlechter berücksichtigt, ist nicht nur unerlässlich, sondern eine
- 6 grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige und klimasensible
- Stadtgestaltung. Jeder Stadtteil braucht Bildungs- und Freizeiteinrichtungen
- sowie eine Nahversorgung. Dazu gehört auch die wohnortnahe ärztliche Versorgung
- und Pflege. Für mehr bezahlbare Wohnungen wollen wir Baugenossenschaften und
- Baugemeinschaften unterstützen, die sozial durchmischte, barrierefreie Quartiere
- mit kurzen Wegen schaffen. Wichtige Bausteine dafür sind die Umwidmung
- leerstehender Gewerbeflächen in Wohnraum und eine vorhabenbezogene Sozialquote
- 13 für den Wohnungsbau.

- Nachhaltiges, ressourcenschonendes Bauen, möglichst mit natürlichen Baustoffen (z.B. Holz oder Lehm), sodass Neubauten und Sanierungen hohen Energieeffizienzansprüchen genügen. Bei allen größeren Bauprojekten sind Carsharing-Stellplätze vorzusehen.
- Energetische Sanierungen von öffentlichen Gebäuden und die verpflichtende Installation von PV-Anlagen engagiert vorantreiben. Für kommunale Bauprojekte soll der Ressourceneinsatz über den gesamten Lebenszyklus der Immobilie im Blick behalten werden, um beurteilen zu können, ob sich diese Investition im Sinne der Nachhaltigkeit lohnt - wie es auf unseren Vorschlag in der städtischen Baurichtlinie festgelegt ist.
- Dach- sowie Fassadenbegrünung bei öffentlichen Gebäuden wie Pflegeeinrichtungen, Kitas und Schulen.
- Erhaltung und Verknüpfung von Grünzügen und Grünflächen und die Verhinderung der Versiegelung von Freiflächen.
- Verstärkte Entsiegelung und Begrünung sowie der Erhalt von Frischluftschneisen.
- Verträgliche Nachverdichtung unter Beachtung ökologischer Aspekte. Dafür sehen wir ein Baulücken-Kataster in Ludwigshafen als ersten notwendigen Schritt an. Außerdem halten wir eine übergeordnete Bauplanung in der Metropolregion und Kooperation mit Nachbarkommunen im Sinne eines

- regionalen Managements für unerlässlich. Nur so können die klima- und umweltrelevanten Aspekte für die gesamte Region berücksichtigt werden.
 - Mit uns GRÜNEN werden die Ackerflächen nördlich von Ruchheim kein Gewerbegebiet.
 - Zusätzliche Flächen für urbanes Gärtnern schaffen.

54

- Eine Baumschutzsatzung sowie eine Durchsetzung und aktive Sanktionierung von Verstößen gegen Grünsatzungen in Bebauungsplänen. Ludwigshafen muss zu einer konsequenten Baumbepflanzung kommen. Abgestorbene Bäume sollen dabei zügig ersetzt werden.
- Die in Ludwigshafen vorhandenen Brunnen sollen instandgesetzt und neue Trinkwasserspender aufgestellt werden.
- Wir setzen auf neue, zeitgemäße Freizeit-, Sport- und Spielgelände für alle Alters- und Personengruppen, die bedürfnisgerecht und naturnah gestaltet werden. Auch die Gestaltung der Schulhöfe soll so unter Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern erfolgen.
- Denkmalschutz ist Verpflichtung für alle öffentlichen oder privaten Eigentümer.
- Wir setzten uns für die Einführung eines Gestaltungsbeirates gemäß den Vorgaben der Architektenkammer Rheinland-Pfalz analog anderer Städte in der Region ein.
 - Eine Stadt für Menschen, nicht für Autos. Dazu gehört auch, die Ludwigshafener Fußgängerzonen zu erhalten und deren Aufenthaltsqualität zu erhöhen.
- Wir haben die überdimensionierte geplante Stadtstraße (Helmut-Kohl-Allee) abgelehnt und wollen die Realisierung von ökologisch verträglichen Alternativlösungen vorantreiben und verbesserte Lösungen für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV schaffen.
 - Der Berliner Platz muss wieder lebenswert werden. Wir wollen die Dauerbaustelle beenden und sind gegen eine rein kommerzielle Hochhausbebauung. Für eine grundsätzlich neue Planung des Platzes sollen die Bürgerinnen und Bürger in einem breit angelegten Ideenwettbewerb beteiligt werden.
- Der städtische Raum wird stark durch parkende Kraftfahrzeuge vereinnahmt. Wir wollen diese öffentlichen Flächen, wo sinnvoll, für andere Nutzungen freimachen (z.B. Radschutzstreifen, Begrünung, Außengastronomie, Spielflächen).

A9 Queer und Vielfalt

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- GRÜNE Vielfaltspolitik bedeutet, dass alle Menschen angstfrei leben und
- 2 aufwachsen und
- sich überall frei bewegen können. Bei uns hat die Ausgrenzung von lesbischen,
- 4 schwulen.
- bisexuellen, Trans* und Inter- und Asexuellen Personen sowie von queeren und
- 6 nonbinären Menschen
- 7 (LGBTIQIA+) keinen Platz. Unser Ziel ist die vollständige Akzeptanz und
- 8 rechtliche
- 9 Gleichstellung auf allen Ebenen. Wir GRÜNE setzen uns entschieden gegen
- jede Form der Diskriminierung und gegen sexualisierte Gewalt ein.

- Enger Austausch mit lokalen Vereinen und Initiativen zur Berücksichtigung der LGBTIQIA+-Community.
 - Förderung der Wertschätzung von Vielfalt in Lebens- und Familienformen bei Kindern durch Zusammenarbeit mit KiTas, Schulen und Jugendangeboten.
 - Einführung eines Ludwigshafener Aktionsplans für Akzeptanz und Gleichstellung zur Unterstützung von Offenheits- und Toleranzkampagnen.
 - Einsatz für inklusive Sprache in der Verwaltung und die Ernennung eines Queerbeauftragten zur Förderung von Diversität.
 - Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes in der Stadtverwaltung und Stärkung des Gleichstellungsbeauftragten als Signal für Gleichstellung bei Arbeitgebern.
- Sichtbarmachung der gesellschaftlichen Vielfalt durch das Hissen der Regenbogenfahne am Rathaus, besonders am Internationalen Tag gegen Queerfeindlichkeit (IDAHOBITA).

A10 Gelebte Inklusion

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Ziel der GRÜNEN Sozialpolitik ist es, allen Menschen eine gleichberechtigte und
- selbstbestimmte Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen. Wir lehnen die
- Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen, Menschen, die in Armut leben oder
- 4 Einsamkeit erfahren, entschieden ab. Unser Einsatz gilt einer verbesserten
- sozialen Infrastruktur und der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen.
- 6 Die Ausrichtung der Hilfesysteme soll konsequent an der Würde und den
- 7 Bedürfnissen der Menschen erfolgen. Menschen ohne eigenes Einkommen sollen auf
- einem Mindestniveau versorgt werden, sodass sie in Würde leben können in
- 9 Wohnungen mit Mietvertrag, Versorgung mit Strom und Heizenergie sowie
- angemessenen sanitären Einrichtungen. Um zu verhindern, dass Menschen in
- Notunterkünften leben müssen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, muss die
- Stadt ein Handlungskonzept entwickeln.
- Wir fordern barrierefreien Zugang zu Bildung für Kinder mit Behinderungen,
- 14 sodass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam in Kitas und Schulen lernen
- 15 können.

- Barrierefreiheit in der Stadt- und Mobilitätsplanung konsequent berücksichtigen
- Stärkung der inklusiven Wohnprojekte Stärkung gemeindenaher Wohn- und Unterstützungsformen für Menschen mit Behinderungen in Ludwigshafen
 - Sanierung der Notunterkünfte in Bayreuther- und Kropsburgstraße
- Ziel bleibt die Vermittlung der Untergebrachten in Mietverhältnisse
 - Umfassende Maßnahmen gegen Strom- und Heizsperren für finanziell Benachteiligte sowie Gebührenbefreiung bei Entschuldungsverfahren
- Energieeffiziente Wohnangebote für finanziell Benachteiligte.
 - Intensivierung der Schuldnerberatung für junge Leute.
 - Auflösung von Ghettos und Vermeidung von Ghettoisierung auch im Bereich Geflüchteter.
 - Weitere Qualifizierungsinitiativen für junge und ältere Arbeitslose in der Stadt im Verbund mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und den Weiterbildungseinrichtungen.
- Zusatzjobs und sozialgeförderte Jobs zur dauerhaften Eingliederung in das Berufsleben mithilfe von Bundes- und Landesprojekten

A11 Konsequente Gleichstellung

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

Nach wie vor richtet sich Politik zu stark an den Interessen und Bedarfen von

Männern aus. Wir machen Politik für alle und berücksichtigen Bedarfe von Frauen

in allen Bereichen der Politik. Dies muss sich in der Haushaltspolitik wie in

politischen Maßnahmen widerspiegeln. Grüne Politik war von Beginn an auch

5 Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Wir sehen alle als Frauen an, die sich

selbst so identifizieren. Wie keine andere Partei haben wir unsere Überzeugungen

in diesem Thema immer schon real gelebt und nicht nur theoretisch gefordert. So

gibt es in unserer Partei ein Frauenstatut, dass eine geschlechtergerechte

9 Besetzung von Plätzen und Posten garantiert. Wir wollen weiter daran arbeiten,

Frauen auf allen Ebenen nachhaltig zu stärken! Wir gehen entschlossen vor gegen

Diskriminierung, Frauenfeindlichkeit und Sexismus! Frauen, die wegen mehrerer

vorliegender Diskriminierungsmerkmale ungleich stärker betroffen sind, verdienen

3 unser besonderes Augenmerk.

4 Grüne Ziele sind:

- Selbstbestimmung aller Frauen unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, Weltanschauung, sexueller Orientierung oder Religion
- Nachhaltige Stärkung von Frauen auf allen Ebenen

Gleichstellung in der Politik und Verwaltung

19 Wir stellen in Ludwigshafen prozentual die meisten Stadträtinnen. In vielen

20 Bereichen des Stadtbildes spiegelt sich der Frauenanteil zur Gesamtbevölkerung

immer noch nicht wider. Im Jahr 2011 konnten wir Grüne den Beitritt der Stadt

2 Ludwigshafen zur EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf

lokaler Ebene durchsetzen. Daraus entwickelte sich ein

Gleichstellungsaktionsplan, den wir bewerten und aktualisieren möchten.

Insbesondere in Führungspositionen und höheren Entgeltgruppen sind Frauen nach

wie vor in der Kommunalverwaltung erheblich in der Unterzahl. Unser Ziel ist es,

den Anteil der Frauen in Führungspositionen zu steigern. Die Möglichkeiten, die

mit dem Landesgleichstellungsgesetz geschaffen wurden, z.B. zur besseren

Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst, wollen wir

30 vollständig ausnutzen. Wir fordern dazu konsequente Fort- und Weiterbildung von

Führungskräften vor allem bei Ludwigshafener Arbeitgeber*innen, um ein Signal

für Gleichstellung zu setzen und Frauen zu empowern. Mit Blick auf eine

33 gleichberechtigte Teilhabe auf allen Ebenen, gilt es vor allem den Gender Pay

Gap zu schließen, aber auch eine echte geschlechtssensible Haushaltsplanung

umzusetzen.. Frauen leisten immer noch den überwiegenden Teil der Familien- und

Pflege-Arbeit. Die Rahmenbedingungen müssen sowohl für Mütter als auch für

37 pflegende Angehörige geändert und verbessert werden. Unser Ziel ist, dass sich

Frauen nicht mehr zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen. Besonders

39 deutlich werden die Probleme bei den Frauen, die ihre Kinder allein großziehen

und den Alltag bewältigen müssen. Lebensunterhalt verdienen, einen Haushalt

führen, Kinder erziehen und mit allem wichtigen versorgen, dass alles verdient

- die Wertschätzung und Unterstützung der gesamten Gesellschaft! Auch nicht
- 43 berufstätige Alleinerziehende sollen Anspruch auf einen Ganztags-Kitaplatz haben
- 44 um Freiraum für Qualifizierungs- oder Berufseingliederungsmaßnahmen und
- natürlich auch für sich selbst zu haben. Denn Alleinerziehende leisten auch ohne
- 46 Beruf schon unglaublich viel! Wir wollen, dass die Wichtigkeit der pädagogischen
- 47 Berufe anerkannt wird. Wir wünschen uns eine Öffnung im pädagogischen Beruf für
- 48 jegliche Geschlechter, Religionszugehörigkeit und Herkunft. Wir fordern die
- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kita Platz für über 2-Jährige.

- Ein eigenständiges Budget für die Gleichstellungsbeauftragte auch während des Haushaltskonsolidierungsprozesses
- Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen und höheren
 Entgeltgruppen
 - Vollständige Nutzung des Landesgleichstellungsgesetzes
 - Aktualisierung des Gleichstellungsaktionsplans
 - Konsequente Fort- und Weiterbildung von Führungskräften
 - Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Schließung des Gender Pay Gaps und geschlechtssensible Haushaltsplanung
 - Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mütter und pflegende Angehörige
 - Unterstützung für Alleinerziehende
 - Anerkennung und Öffnung pädagogischer Berufe
 - Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Kita-Platz

64 Selbstbestimmt und angstfrei leben

- 65 Wir unterstützen Angebote wie Frauennotrufe, Beratungsstellen und
- 66 Gleichstellungsinitiativen. Es besteht Handlungsbedarf in der Schaffung
- ausreichenden Anzahl an Plätzen im Frauenhaus sowie mehr Notunterkünfte für
- obdachlose Frauen. Öffentliche Plätze sollen frauenfreundlich gestaltet werden.
- 69 Stadtplanerische Maßnahmen müssen angstfreie Räume zu schaffen. Eine konsequente
- 70 Überprüfung bestehender und Vermeidung neuer Angsträume durch städtebauliche
- 71 Maßnahmen wie Beleuchtung von Unterführungen. Baugestalterische Maßnahmen müssen
- in der Stadtplanung konsequent mitgedacht werden. Dazu gehören auch eine
- 73 Verbesserung der nächtlichen Verkehrsanbindungen und die Beleuchtung sowie
- Einsehbarkeit von Haltestellen. Es fehlt an frauenspezifische Aufenthaltsorte
- unter anderem an öffentlichen sanitären Anlagen.

- Angebote wie Frauennotrufe, Beratungsstellen und Gleichstellungsinitiativen ausbauen
- Erhöhung der Zahl an Plätzen im Frauenhaus
- Angstfreie Räume im öffentlichen Bereich schaffen

Förderung der Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung

Wir fordern ein Recht auf (reproduktive) Selbstbestimmung und ein entsprechendes Angebot gelisteter Ärzt*innen zur Unterstützung und Umsetzung. Wir stehen für die Streichung des §218a, der freien Entscheidung über Elternschaft. Wir stehen für eine Abschaffung der Zwangsprostitution. Wir fordern für Sexarbeiterinnen einen Ausbau der Beratungsstellen für einen gute Betreuung und die Bereitstellung von Ausweichwohnungen, wenn ein Ausstieg gewünscht ist. Frauen sind statistisch häufiger von Altersarmut betroffen oder bedroht. Wir setzten uns in Ludwigshafen für ein engmaschiges Hilf und - Informationsangebot bei geschlechtsspezifische Altersarmut ein. Dieses soll ein würdiges Wohnen und Leben im Alter unterstützen. In unserem Kreisverband haben wir einen Arbeitskreis zur Seniorenpolitik gegründet. Ungleichbehandlung und Zuweisung von Geschlechterrollen beginnen schon früh im Leben. Umso wichtiger ist eine frühe Förderung junger Mädchen, um ein gesundes Selbstbewusstsein entwickeln zu können. Wir Grüne fordern die Erstellung eines regionalen Konzeptes für Mädchenarbeit und die Unterstützung und Weiterentwicklung von Mädchentreffs an den sozialen Einrichtungen wie eine Mädchenwerkstatt. Vor allem junge Frauen mit Migrationsbiografie sind von struktureller Diskriminierung besonders betroffen und benötigen daher besondere sicher Räume.

Prävention von Gewalt und Stärkung der Opferhilfe

Frauen drohen die größten Gefahren im nahen sozialen Umfeld wie der Familie.

Deutschland hat die Europaratskonvention zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt 2017 unterzeichnet, die konsequente Umsetzung in Ludwigshafen ist unumstößliche Forderung von uns Grünen. Um auf die Gewalt an Frauen und das Leid der Opfer aufmerksam zu machen, fordern wir Maßnahmen im Bildungsbereich, Vereinen und Unternehmen sowie bei allen Verantwortlichen in der Gewaltprävention oder Gewaltaufnahme, also Polizei und medizinisches Personal. Frauen und beteiligte/betroffene Kinder benötigen einen sicheren Aufenthaltsort. Wir Grüne unterstützen Frauenhäuser und fordern deren nötige Ausstattung sowie die Errichtung von Folgeaufenthalten. Hier braucht es eine sichere finanzielle Unterstützung und die Einrichtung weiterer Wohnungen.

A12 Faire Bildung und Kultur für alle!

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Wir setzen auf gleiche Chancen! GRÜNE Bildungspolitik steht für eine inklusive
- Bildungsgerechtigkeit. Alle Schüler*innen, unabhängig von ihrer Herkunft,
- Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung, Beeinträchtigung oder der
- Einkommensstärke ihrer Eltern bekommen die gleichen Chancen für ein
- selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass
- sich Ludwigshafen zur Modellstadt für Bildung in Rheinland-Pfalz entwickelt.
- 7 Ziel muss es sein, die besondere Sozialsituation verstärkt zu berücksichtigen
- und positiv zu entfalten. Ludwigshafen braucht neue und ungewöhnliche
- Initiativen in der Kooperation und Finanzierung, um dieses Ziel zu erreichen. In
- Ludwigshafen besteht die Notwendigkeit der besonderen Förderung von Kindern mit
- Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien. Leitbild für die
- schulische Bildung muss die gleichberechtigte Teilhabe und die Chancengleichheit
- 13 für alle sein. Soziokulturelle Projekte in den Schulen müssen gefördert und
- gestärkt werden. Die Idee der Bildungslandschaft muss durch konsequente
- 15 Vernetzung der Bildungseinrichtungen mit Kinder-, Jugend- und
- 16 Kulturinstitutionen vorangebracht werden.

- Die individuelle F\u00f6rderung von Sch\u00fcler*innen aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund muss schon in der Primarstufe deutlich verst\u00e4rkt werden.
- Angesichts der besonderen Probleme der Stadt muss in Verhandlungen mit dem Land erreicht werden, dass mehr finanzielle und personelle Mittel bereitgestellt werden.
 - Durchgängige Sprachförderung in den Kitas, in allen Schulformen und in jedem Alter.
 - Ein weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit ist für alle Schulformen notwendig.
- Das Schulsanierungsprogramm muss beschleunigt, die energetische Sanierung und die Barrierefreiheit sichergestellt werden. Baumaßnahmen in städtischen Schulbauten sollen neue Lern- und Unterrichtsformen ermöglichen und unterstützen.
- Wir dürfen unsere Schulen nicht verkommen lassen und müssen deshalb mehr schnelle Reparaturen bei auftretenden Schäden durchführen. Auch die Reinigungsintervalle sollen verkürzt werden.
- Ludwigshafens Schulen brauchen nicht weniger, sondern mehr Budget, um ihren Schüler*innen eine bedarfsgerechte, anregende und motivierende Lernumgebung bieten zu können.
- 38 Kulturelle Vielfalt Kultur für alle!
- Kultur gibt Orientierung und eröffnet neue Perspektiven. Kulturelle Vielfalt ist

- 40 ein wesentlicher Baustein für demokratisches Miteinander in einer
- 41 Stadtgesellschaft.
- 42 Ludwigshafen besitzt mit dem Theater im Pfalzbau, dem Ernst-Bloch-Zentrum, dem
- 43 Wilhelm-Hack-Museum und dasHaus Kulturinstitutionen, die weit über Ludwigshafen
- 44 hinaus bekannt sind und auch genutzt werden. Die Stadtbibliothek mit ihrem
- erfolgreichen neuen Konzept findet weit über die Stadtgrenzen hinaus
- 46 Anerkennung. Die hier beheimatete Staatsphilharmonie des Landes setzt Maßstäbe
- 47 mit Education-Engagement und diversitätsorientierter Programmentwicklung.
- 48 Ludwigshafen hat tolle freie Theater: AdRem und die Theaterkumpanei bieten
- 49 unterschiedliche künstlerische Formate an und sollten auf eine kontinuierliche
- o stabile Förderung zählen können. Kultur geht in die Stadtteile und nimmt die
- Initiativen auf, die bereits da sind. Wir setzen uns für den Erhalt und den
- Ausbau der Stadtteilbibliotheken ein, weil wir wissen: Stadtteilbibliotheken
- sind DIE dritten Orte im Stadtteil. Das Kulturbüro fördert Kulturprojekte mit
- einem eigenen Etat und hilft, dass Künstler*innen auch Ateliers, Proberäume und
- Ausstellungsmöglichkeiten finden können. Zwischennutzungen und Leerstände von
- Ladenflächen sollten noch stärker für Pop-up Ideen und Läden zu Verfügung
- 57 stehen.
- Das Stadtmuseum und das Stadtarchiv werden in Kürze zum "Haus der
- 59 Stadtgeschichte". Mit dem neuen Konzept und in einem attraktiven Rahmen nimmt
- 60 das neue Haus der Stadtgeschichte aktuell wichtige Fragen einer
- 61 Stadtgesellschaft auf und setzt sie ins Bild. Aktiv, innovativ und modern wird
- 62 Stadtgeschichte dargestellt, als Geschichte von Frauen und Männern, die hier in
- Ludwigshafen leben und gelebt haben. Das Haus der Stadtgeschichte ist
- 64 Erinnerungsort und zugleich ein Ort, an dem Demokratie und Vielfalt gelebt
- 65 werden.

81

- 66 Grüne Ziele sind ...
 - Stadtteilbibliotheken werden konzeptionell erneuert und ausgebaut zu Kultur- und
- Bildungszentren mitten in den Stadtteilen.
 - mehr Kunst im öffentlichen Raum ermöglichen und Initiativen fördern, die ihre Ideen umsetzen wollen.
 - bezahlbare Arbeitsräume anbieten.
 - Kinder- und Jugendtheater kontinuierlich stabil fördern und Proberäume zur Verfügung stellen.
 - Der Etat des Hauses der Stadtgeschichte und die personelle Ausstattung müssen es ermöglichen, ein attraktives Programm und Angebot zu erstellen, das viele Menschen für die Geschichte der jungen Stadt Ludwigshafen begeistert.
 - Die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt ist wichtig für eine nachhaltige Stadtentwicklung: Stadtbildprägende Architektur muss bewahrt werden, um unsere junge Stadt vor endgültigem Geschichtsverlust zu bewahren.
 - Wir wollen es leichter machen, Wege zur Kultur zu finden und zu begehen.
 Wir halten an unserem Vorschlag "Kulturticket für alle Schüler*innen" fest

- und unterstützen den Kulturpass für Empfänger*innen von
- Transferleistungen, den es auf grüne Initiative seit 2018 in Ludwigshafen
- gibt.

A13 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Viele Familien sind auf das Einkommen aus zwei Vollzeitbeschäftigungen
- angewiesen, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder bestreiten zu
- können. Der Ausbau von Ganztagsschulen in allen Schulformen ist für eine bessere
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf essenziell, wobei die Kinder neben einer
- gesunden Ernährung von pädagogischen Angeboten in den Nachmittagsstunden
- 6 profitieren.
- 7 Wir wollen in Kindertagesstätten möglichst lange durchgehende Öffnungszeiten
- 8 ermöglichen, eine gute Betreuung und gesundes Essen sicherstellen und die Plätze
- entlang einer Bedarfsplanung bedarfsgerecht ausbauen.
- Wir GRÜNE stehen für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an: Kita, Schule und Hochschule.
- 12 Grüne Ziele sind:

14

- Wir unterstützen ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr.
 - Wir wollen die Ganztagsangebote an Schulen weiter ausbauen, bei denen Unterricht, Erholungsphasen, selbstständiges Lernen und Bewegung über den ganzen Tag verteilt sind.
- Durchführung einer echten kommunalen Bedarfsplanung die ohne Verwaltungstricks den tatsächlichen Bedarf der Eltern in den Mittelpunkt stellt
 - Beschleunigung des Neubaus weiterer Kitas und Ausbau bestehender Einrichtungen um die Zahl der Kitaplätze, vor allem der Ganztagesplätze, deutlich zu erhöhen
 - Start einer Ausbildungs- und Arbeitsplatzinitiative um mehr Menschen für den Beruf des Erziehers / der Erzieherin zu begeistern und diesen wichtigen Beruf aufzuwerten. Zusätzlich Einführung einer Prämie für Angestellte in Kitas, für die erfolgreiche Vermittlung von Auszubildenden oder Bewerbende. Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen / Erziehern, z.B. durch den Entfall von Befristungen und Einführung eines Rechts auf Erhöhung der Wochenarbeitszeit für z.B. teilzeitarbeitende die nun wieder Vollzeit arbeiten möchten
- Keine Diskriminierung aufgrund religiöser Zugehörigkeit oder bunter Familienmodelle – auch bei kirchlichen Kita-/Schulträgern! Es ist Zeit, diese leider auch in Ludwigshafen immer noch vorkommenden anachronistischen Praxis endlich abzustellen, z.B. indem Stadt und Stadtrat Ihren Einfluss auf kirchliche Träger dementsprechend nutzen und zur Not auch den Gang vor Gericht nicht scheuen.

A14 Lebensqualität im Alter

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

In Ludwigshafen sind etwa 20 % der Einwohner über 65 Jahre alt, davon ist mehr als die Hälfte zwischen 65 und 75 Jahren. Etwa 2 % der 180.000 Bürger sind älter als 85 Jahre. Alte Menschen sind keine homogene Gruppe. Die einen fühlen sich noch fit, andere spüren, dass ihre körperliche Leistungsfähigkeit spürbar nachlässt. Die Gruppe der Hochbetagten erfährt die stärksten Einschränkungen, hat aber keine nennenswerte Interessenvertretung; bei Wahlen sind sie keine bevorzugte Zielgruppe. Rund 22 % der über 80-Jährigen in Deutschland sind von Armut betroffen. Bei Frauen liegt der Anteil noch höher. Kindererziehungszeiten oder die Pflege älterer Menschen führen zu unterbrochenen Erwerbsbiografien und dadurch zu niedrigeren Renten. Altersarmut geht oft einher mit Vereinsamung, insbesondere bei Menschen, die allein wohnen. Als Grüne wollen wir die Lebenssituation dieser Menschen durch strukturelle Veränderungen sowie durch den Ausbau bestehender Maßnahmen verbessern. Trotz der schwierigen kommunalen Finanzsituation kann dabei nicht nur auf Ehrenamtlichkeit gesetzt werden.

- Kurze Wege für Einkäufe und Dienstleistungen
- Barrierefreie Gehwege, Plätze, Sitzmöglichkeiten, Trinkbrunnen und Toiletten
 - Öffentlicher Nahverkehr barrierearm gestalten
- Schutz im Straßenverkehr vor Hindernissen
 - Behindertenparkplätze an wichtigen Orten
- Barrierefreie Wohnungen für Selbstständigkeit und Verbleib im Quartier
- Kommunale Verantwortung für seniorengerechten Wohnraum und Pflegeplätze
 - Medizinische Versorgung und Pflegeinfrastruktur im Stadtteil
 - Klimatisierte Gemeinschaftsräume und Notfallpläne bei Hitze
 - Bildungsangebote zu Zukunftsthemen für ältere Menschen
 - Volkshochschulen und Stadtteilbibliotheken als Anlaufstellen
 - Intergenerationelle Lernpatenschaften f\u00f6rdern
 - Senioren-Treffpunkte in den Stadtteilen
 - Günstige oder kostenlose kulturelle und soziale Veranstaltungen für Ältere
 - Hilfsangebote für körperlich eingeschränkte Menschen
 - Ehrenamtsbörsen und Betreuungs-Tandems nutzen
- Unterstützung für ältere und digital ungeschulte Bürger bei digitalisierten Prozessen

35 Pflege

- 36 Ältere Menschen wünschen sich, möglichst lange zu Hause in vertrauter Umgebung
- bleiben zu können. Daher gilt es ambulante Pflegeangebote, aber auch die Tages-
- und Nachtpflege zu stärken. Neben Pflegeheimen soll ein ausreichendes Angebot an
- 39 Pflege-WGs und anderen offenen Wohnformen bestehen. Pflegeheime sollen sich mit
- ihren Angeboten möglichst in die Stadtteile hinein öffnen, um Kontakte über die
- 41 Generationen hinweg zu ermöglichen
- 2 Grüne Ziele:
- Regelmäßige Fortschreibung des städtischen Pflegestrukturplans und Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an ambulanter Pflege,

- betreutem Wohnen, Pflege-WGs und anderen offenen Wohnformen sowie Pflegeheimen 45
- 46
- Regelmäßige Pflegekonferenzen 47

A15 Gesundheitsversorgung

Antragsteller*in: Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen-Stadt)

Text

- Gesundheitsversorgung ist Daseinsfürsorge. Die Gesundheitsversorgung in
- Ludwigshafen ist aktuell durch die niedergelassenen Ärzt*innen und
- Therapeut*innen im Kreis und durch die Krankenhäuser in Ludwigshafen, Speyer und
- 4 Frankenthal auf hohem Niveau gewährleistet. Der höhere Versorgungsbedarf in
- unserer älter werdenden Gesellschaft und der Fachkräftemangel im
- 6 Gesundheitswesen gefährden jedoch auch bei uns die Versorgung. Die Nachbesetzung
- von haus- und fachärztlichen Praxen ist bereits heute nicht selten ein Problem.
- Die Kommunen haben durch die Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ)
- und die Anstellung von Ärzt*innen die Möglichkeit, zur Sicherung der ambulanten
- Versorgung beizutragen. Aktuell plant die Bundesregierung, den Kommunen die
- Gründung von MVZ zu erleichtern und ihnen weitere Kompetenzen zu geben, etwa mit
- 12 Verträgen für Gesundheitsregionen mit Krankenkassen und Leistungserbringern oder
- mit der Einrichtung von Gesundheitskiosken. Gesundheitskioske beraten in
- 14 gesundheitlichen Fragen, vermitteln in ärztliche Behandlung und können einfache
- 15 Untersuchungen (z.B. Blutdruck- und Blutzuckermessungen) und Behandlungen
- vornehmen (z.B. Verbandswechsel). Sie arbeiten mit dem öffentlichen
- 17 Gesundheitsdienst zusammen und wirken in die Stadtteile hinein. Sie entlasten
- niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und stehen nicht in Konkurrenz zu ihnen.
- 19 Regionale Gesundheitskonferenzen sind ein gutes Mittel, um im Gespräch mit allen
- im Gesundheitswesen Beteiligten vor Ort Stärken und Schwächen der
- gesundheitlichen Versorgung herauszuarbeiten und Lösungsansätze bei der Behebung
- von Defiziten zu erarbeiten. In Baden-Württemberg und Hessen und in einigen
- 23 Kommunen in Rheinland-Pfalz werden Gesundheitskonferenzen bereits erfolgreich
- 24 als Instrument eingesetzt.

Grüne Ziele:

- Einrichtung einer Regionalen Gesundheitskonferenz im Austausch mit der Pflegekonferenz
- enger Austausch mit den Ärztinnen und Ärzten und den Angehörigen anderer Gesundheitsberufe der Stadt in Fragen, ob und wo ein Gesundheitskiosk eingerichtet werden soll, sobald die gesetzlichen Möglichkeiten dazu bestehen und welche weiteren Gesundheitsangebote erforderlich sind.

Gemeinsam Sport machen

- In Ludwigshafen gibt es viele Sportanlagen, von denen die meisten mit großem
- 34 Einsatz von vielen aktiven Ehrenamtler*innen betreut werden. Von den Anlagen in
- sommunaler Hand konnten in den letzten Jahren insbesondere das Willersinnfreibad
- und das Hallenbad Süd modernisiert werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass
- auch die anderen Anlagen konsequent modernisiert werden, um weiterhin ein
- vielfältiges Sportangebot zu ermöglichen.
- Denn Sport verbindet und hält gesund. Er bietet verschiedenen gesellschaftlichen
- 40 Gruppen die Möglichkeit, sich bei gemeinsamen Aktivitäten besser kennenzulernen.
- 41 Hier können Menschen unterschiedlicher Herkunfts- und Bildungsmilieus
- zusammenfinden.

- 43 Bei der Umgestaltung öffentlicher Plätze setzen wir uns für neue
- 44 niedrigschwellige Sportangebote ein, wie sie auch laut dem aktuellen
- 45 Sportstättenbericht von den Bürger*innen der Stadt gewünscht werden. Ein gutes
- Beispiel sind "Seniorenspielplätze", die eine hohe Akzeptanz bei allen
- 47 Altersgruppen genießen. Wir möchten auch die Jugendlichen bei den weiteren
- Planungen miteinbeziehen, denn ihnen fehlen Plätze, an denen sie sich ohne
- 49 Konsumzwang treffen und Sport treiben können.
- Im Sinne einer ganzheitlichen Sportförderung ist auch die Einrichtung einer
- Kindersportschule geeignet, in der Kinder viele verschiedene Sportarten
- kennenlernen können, statt sich schon früh für eine Sparte entschieden zu
- 53 müssen.
- 54 Grüne Ziele sind...
- •Die vorhandenen Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen, wie beispielsweise das
- 56 Bliesbad, in einem funktionsfähigen Zustand zu erhalten.
- •Die Schulsportanlagen für einen angemessenen Sportunterricht auf hohem Niveau
 Tu erhalten
- 58 zu erhalten.
- •Die Förderung von öffentlichen Sportanlagen nicht einseitig auf bestimmte
- 60 Sportarten wie bspw. Fußball auszurichten.
- •Eine gute Erreichbarkeit der Sportanlagen.
- •Die Neuanlage niedrigschwelliger Bewegungsmöglichkeiten mit Treffpunkt-
- 63 Charakter (z.B. Sporteinrichtung für Alle im Ebertpark).

64 Pflege

- 65 Pflegebedürftige Menschen wünschen sich, möglichst lange zu Hause in vertrauter
- 66 Umgebung
- bleiben zu können. Daher gilt es, ambulante Pflegeangebote, aber auch die Tages-
- und Nachtpflege zu stärken. Neben Pflegeheimen soll ein ausreichendes Angebot an
- 69 Pflege-WGs und anderen offenen Wohnformen bestehen. Pflegeheime sollen sich mit
- 70 ihren Angeboten möglichst in die Stadtteile hinein öffnen, um Kontakte über die
- Generationen hinweg zu ermöglichen

72 Grüne Ziele:

- Regelmäßige Fortschreibung des städtischen Pflegestrukturplans und Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an ambulanter Pflege,
- betreutem Wohnen, Pflege-WGs und anderen offenen Wohnformen sowie
- 76 Pflegeheimen
 - Regelmäßige Pflegekonferenzen